Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher 82. Postscheck 38.

DESINAT ATIQUE FOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten u. Post Fr. 6.00. Zeitungspreis. Die 6gesp. 40 mm-Zeile 0.85 Fr., Reklamezeile 2.50 Fr., Ausland 0.60 Fr. Amtliche Anzeigen 0.40 Cts.

Nr. 68. Saarlouis, Dienstag, den 30. März 1926. 55. Jahrgang

Reichsausschuß der Zentrumspartei.

Dem Gedächtnis Fehrenbachs. — Gegen das Volksbegehren und gegen entschädigungslose Enteignung.

:: Berlin, 29. März. Die Tagung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei war heut abend der Wirklichkeit der Politik und dem ganzen Reiche und durch Parlamentsarbeit für gut befindet. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch eine Gedenkrede auf den verstorbenen Vorsitzenden der Fraktion, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, dessen unvergleichliches Wirken in der Zentrumsfraktion des Reichstages bis zum Leiter der Versammlung, Reichskanzler a. D. Dr. Marx, mit warmem Worten der Anerkennung gedachte.

Auch diesen einleitenden Worten hielt Reichskanzler a. D. Marx ein grundlegendes Referat. Er warf zunächst einen Rückblick auf die große Vergangenheit der Partei, stellte die unverbrüchlichen Grundsätze des Christentums und des Rechts in den Vordergrund, um unter diesem Blickfeld die Frage zu beantworten, als die Zentrumspartei den politischen Problemen gegenüber sich zu verhalten habe, mit denen sie sich in den letzten Jahren beschäftigen mußte. Marx betonte vor allem, daß gegenüber den Interessen einzelner Stände und Gruppen die grundsätzliche politische Einstellung der Partei die Hauptrichtlinie sein müsse, in auch in der Zukunft vorzuzeichnen müsse. Auf dieser Grundlage müsse auch das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Partei und ihren Zielen wieder neu belebigt werden.

Der folgende Referent, Direktor Dr. Hahn, Mönchengladbach, machte grundsätzliche Ausführungen in der Frage der Fürstenabfindung. Man Dulegung der neuesten Ausführungen die für jene entscheidend waren, die sich für die entschädigungslose Enteignung einsetzen und nach der grundsätzlichen Ablehnung dieser Forderung sich dennoch für das Volksbegehren bei den Einzelheiten ein Verlust an ruhiger Ueberlegung und, soweit die Zentrumsangehörigkeit in Frage kommt, eine Erschütterung der Zentrumsgrundsätze ergeben hätte. Die Kundgebungen seien unüberlegter, und es sei die Pflicht Jetzt, die unzufriedenen Gruppen wieder unter das einheitliche Kommando der Zentrumsgrundsätze zurückzuführen. Im folgenden, Reichskanzler a. D. Marx, entwarf der Fraktionsvorsitzende von Gurnard die historisches Bild über die Frage der Fürstenabfindung, und, die von der Fraktion beschlossen werde, und im Anschluß daran brachte er auch die Fraktionsentwürfe zum Ausdruck. In der darauf folgenden Diskussion, die sich mehrere Stunden hinzog, gab Abgeordneter Dr. Wirth den Standpunkt des Redners und besonders wertvolle Aufklärung. Letzteres aller Redner kam die Ablehnung der grundsätzlichen Aufteilung über die Angelegenheit zum Ausdruck. Dabei wurde erwähnt, daß die Zentrumsfraktion ihre ganze Kraft und die Mitglieder des Reichstages größten Ernst bewiesen haben, um eine befriedigende Lösung der Fürstenfrage zustande zu bringen. Die Niederschlag der Stimmung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei hält nach eingehender Behandlung von Reichsverfassungen über die Fürstenvermögen einstimmig fest, daß die Reichstagsfraktion alles zunächst berufene Instanz der Partei in dieser Frage war. Der Weg gegangen ist, der den Grundsätzen der Partei entspricht. Der Gesetzentwurf, der den Volksbegehren gegenüber gestellt wurden ist, hält in diesen Grundsätzen im Wesentlichen. Der Reichsausschuß spricht daher der Fraktion sein volles Vertrauen aus. Er ist mit ihr darin einig, daß in dieser schwierigen Frage eine Lösung gefunden werden muß, welche die allgemeine Rechtsüberzeugung des deutschen Volkes und die Not aller Volksgenossen, die die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen haben, in vollem Maße berücksichtigt, aber auch dem Ernst der Lage, der Notwendigkeit, Ruhe und Sicherheit zu schaffen, den Finanzerfordernissen, nach den heutigen Verhältnissen gerecht wird. Der Reichsausschuß ist überzeugt, daß die Fraktion, die Reichstagsfraktion, alles getan hat, um eine den Notverhältnissen entsprechende Lösung zum schnellen Abschluß zu bringen.

Dieser Beschluß, das Aufschub an ein ausgezeichnetes Referat des Abgeordneten Dr. Brüning eine Ausprache über die wirtschaftliche, soziale und politische Arbeit der Zentrumsfraktion. Die Aussprache dauerte bis nach 10 Uhr morgens bis nach 6 Uhr abends andauert haben, um mit einer Dankbarkeitsbeschluß an die Reichstagsfraktion für die von ihr geleistete Arbeit geschlossen.

Dr. Ramek in Berlin.

Wien — der Ausgangspunkt deutscher Kultur. — Die gemeinsame Front. — Eine „verdächtige" Kundgebung. — Der musikalische Mussolini als — Pfeifer.

Zum Besuch Dr. Rameks in Berlin.

:: Berlin, 29. März. Im Hinblick auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Ramek und Reichskanzler Dr. Luther gestern abend ein Essen, an dem außer den Herren der Regierung Dr. Ramek und den beiden österreichischen Gesandtschaft auch zeitweise noch der Reichspräsident Dr. Stresemann und jetzt sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts, Reichstagspräsident Dr. Schacht und der preußische Ministerpräsident Dr. Braun, zu Ehren Österreichs, in der es Wien als den Ausgangspunkt deutscher Kultur feierte, führte Dr. Luther u. a. aus: Seit vor zwei Jahren zum Herr Bundeskanzler, unser Herr Reichspräsident hat Wien schon zwei Mal besucht, und wir waren bei ihm für diese Land als auch für unseres die allgemeine Lage zwischen gewesen. Die Zeiten haben gerade die enge Stütze des finanziellen Wiederaufbauwerkes unter der weisen Führung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Seipel, Seipel, Seipel, Hoch. Wir unterstreichen Sachen noch über ein ernstes Mahnen um die Sachlichkeit und zum gleichzeitig unbezweifelnaren Wahrheit einer ferner Leistung. Auch wird es Europa noch den Gegenstand der Tagesfrage die Informiert der Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit an Wiesen genommen. Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Entwicklung sicher und Ratify fortsetzen. Wenn sie auch langsamer sich entfalten mag, so wird sie um so sicherer zum Ziele führen. Wir wissen Deutsche Frauen und ich bin gewiß, daß sich unsere beiden Länder dann auf gemeinsamer Front beziehen werden. Der Reichskanzler Dr. Luther erhob sein Glas und trank auf das Wohl des Gastes.

Bundeskanzler Dr. Ramek bemerkte u. a.: Mit allen Gefühlen des Dankes der beiden Staaten zeigt es ausnahmsweise, daß wir gerade Deutschland, die internationalen Stellung der beiden Staaten wieder ein Band, geknüpft ihren deutschen Brüder. Ich sind sie heute in seinen Beziehungen zu Frankreich, Italien, Polen, Ungarn, mit Bulgarien und Türkei, mit Polen und Pflug erzwungen. Ich habe Ihnen ein Wort zu sagen, daß wir Deutsch-Deutsch und sind das Bisher und Gedenken des Deutschen Reiches.

In den gestern vorzeitig vom österreichischen Gesandter Dr. Frank gemachten Ausführungen wurden beim Reichskanzler. Dr. Luther und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann auch verschiedene Mitglieder des Auswärtigen Amtes teilgenommen.

:: Paris, 30. März. In einem Leitartikel des „Temps" heißt es, daß der Besuch Dr. Rameks in Berlin „eine verdächtige Kundgebung". Die Deutschen prüfen ein von dem Anschluß Tirols Wien bekommen, die Wiener Regierung bestätigt zur und der Anschluß wird, wenn man dies in Deutschland wünscht, wieder vom mit der Gewährung autonomistischer Vorrechte an Österreich einen zurückstehenden.

Die englische Morgenpresse zum Besuch Rameks in Berlin.

:: London, 29. März. Die englische Morgenpresse befaßt sich in Leitartikeln ihrer Berliner Berichterstatter mit dem Besuch Dr. Rameks in Berlin und hebt besonders politische Bedeutung hervor. Die „Morningpost" schreibt, daß der Besuch vom Vorteil sei, eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Österreich, die letzter Tage in einer politischen Vereinigung der beiden Länder führen kann. Der Zimmerbesitzer hebt hervor, daß wohl die Frage der Vereinigung Österreichs mit Deutschland einen Teil der Besprechungen bilde.

Bestellungen

auf die

„Saar-Zeitung"

für den Monat April

werden fortgesetzt von den Postanstalten, unsern Boten sowie von der Geschäftsstelle entgegengenommen.

Verheerende Tätigkeit.

Der Ehrenbrüder Ulrich veröffentlicht in der „Neuen Preußischen" vom 28. d. M. folgendes Bericht, berechtigtes Artikel, den wir hiermit wiedergeben:

Herr Ulrich muß bald das Oberstaatsanwaltsamt betreten, um in den Zirkel des Sudeln hineinzugehen. Seine bedeutungsvolle Tätigkeit ist so bald seine verheerende Tätigkeit geworden. Seine Artikel haben zweifelsohne bereitet, daß die Arbeiter und Gewerkschaftler im zum Teil zum Ende geraten. Die Umgebung unserer Gewerkschaftsbeamten wird dadurch mit Mißtrauen und Verhetzung, während in dieser schweren Zeit, die unser Vaterland durchmacht, das, das gegenseitige Vertrauen und Sportsmanship helfen müßte.

Der Berichterstatter der Hansapublikation, dessen Ehrenbrüderman, unterstützt von einer Reihe Organisation, die einen unerhörten Verkehr über den wie man nach in der Sumpf und Verhetzung, Ulrich, der Ulrich, der „Gelbe", die „Fünfzehnmannschaften wird zu zerstören haben, es die Kreise für das Oberstaatsanwaltsamt zerstörte geheimer gewerkschaftsfeindlicher Organisation, die Ulrich, dessen Oberstaatsanwaltsamt in gutem, ohne daß der Vorsitzender Ulrich, Ulrich, Ulrich,